

500 Millionen Euro Für ein Sofortprogramm für Bildung

In seiner Frühjahrsklausur im März hat der Landesvorstand der GEW Hessen ausführlich über die Finanzspielräume im Haushalt des Landes Hessen beraten. Die GEW Hessen stellt fest: „In der mittelfristigen Haushaltsplanung ist zum ersten Mal seit Jahrzehnten genügend Geld da, um ein „Sofortprogramm für Bildung“ von 500 Millionen Euro zu finanzieren. Die Möglichkeiten für eine andere Politik sind gegeben und müssen umgesetzt werden!“

Zur Finanzierung des Programms stehen die zusätzlichen Mittel aus der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehung (Länderfinanzausgleich) mit 585 Millionen Euro zur Verfügung.

Weiter sind im Hessischen Haushalt über 1,1 Milliarden Euro als Rücklage für möglicherweise geminderte Steuereinnahmen aus Steuersenkungen des Bundes vorgesehen. Im Koalitionsvertrag der neuen Großen Koalition im Bund sind jedoch keine Steuersenkungen vorgesehen, die die Länderebene belasten werden. Diese Rücklagen sind unnötig und können daher für Bildung verausgabt werden.

Zum für das Bildungsprogramm verfügbaren Volumen in Höhe von 500 Millionen zählt die GEW Hessen auch 200 Millionen Euro, die im Hessischen Haushalt unter dem Schlagwort „Generationengerechtigkeit“ für Nettotilgungen vorgesehen sind. Aufgrund der sogenannten „Schuldenbremse“ wird sich die Tragfähigkeit der Staatsverschuldung in den nächsten Jahren kontinuierlich erhöhen. Die GEW Hessen bewertet es als unsinnig, darüber hinaus auch noch Tilgungen vorzusehen. Dieses Geld ist in Bildung im „Hier und Jetzt“ besser angelegt.

Über die mittelfristige Haushaltsplanung hinaus fordert die GEW Hessen öffentliches Vermögen – wozu auch das Gemeingut Bildung gehört – durch die Wiedererhebung einer angemessenen Vermögenssteuer sicherzustellen.

Alle Forderungen des „Sofortprogramms für Bildung“ sind ohne unmittelbare Steuererhöhungen realisierbar!

Das „Sofortprogramm für Bildung“ umfasst die Bereiche Schule, den qualitativen Ausbau der Kindertagesstätten und die Hochschulen.

100 Millionen vom Land Hessen Für Kita-Qualität

Für den Elementarbereich sind im Koalitionsvertrag der Bundeegierung als größter Posten im Bereich Bildung 3,5 Milliarden Euro im Kita-Bereich vorgesehen, und zwar zum Ausbau des Angebots und zur Steigerung der Qualität :

2019: 0,5 Milliarden Euro
2020: 1 Milliarde Euro
2021: 2 Milliarden Euro

Auf Hessen dürften bezogen auf den Bevölkerungsanteil im Jahresdurchschnitt rund 80 Millionen Euro entfallen:

2019: ca. 35 Millionen Euro
2020: ca. 70 Millionen Euro
2021: ca. 140 Millionen Euro

Die GEW Hessen fordert darüber hinaus den Einsatz zusätzlicher Mittel des Landes Hessen in Höhe von 100 Millionen Euro pro Jahr.

Mit diesen Mitteln sollen bis zum Jahr 2021, ausgehend von den aktuellen Personalschlüsseln, gut 3.500 Erzieherinnen und Erzieher eingestellt werden.

Damit würde sich Hessen dem pädagogisch empfohlenen Personalschlüssel im Kita-Bereich sowohl im U3- als auch im Ü3-Bereich annähern.

Ziel der GEW bleibt es, die in wissenschaftlichen Studien empfohlene Fachkraft-Kind-Relation zu erreichen:

1:3 für Gruppen von 0-3 Jahren
1:8 für Gruppen von 3-6 Jahren
1:10 für Gruppen von 6-12 Jahren

Dabei muss mindestens ein Drittel der Arbeitszeit als mittelbare pädagogische Arbeitszeit personalwirksam in die Fachkraft-Kind-Relation eingerechnet werden. Danach muss die Zahl der zusätzlichen Stellen verdoppelt werden, um diese Empfehlung zu erreichen.

Qualitativer Ausbau der Kindertagesstätten in Hessen – Fachkraft-Kind-Relation verbessern!

Und woher sollen die Fachkräfte kommen?

Durch die Anhebung des Personalschlüssels wird der Beruf attraktiver. Mehr Nachwuchskräfte können gewonnen werden, wenn die Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher mehr geschätzt und aufgewertet wird.